



Auskunft erteilt:	Herr Fischer	Amt/EB:	31-Ordnungsamt
Tel.:	0261 129 4761	e-mail:	christian.fischer@stadt.koblenz.de
Koblenz,	19.05.2025		

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 12.03.2025

Anwesend sind:

Herr Christian Altmaier,
Herr Marlon Josef Reinhardt,

Vorsitzende/r des Gremiums
Frau Ulrike Mohrs,

Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI
Herr Kevin Wilhelm,

Ratsfraktion CDU
Herr Andreas Biebricher,
Herr Thomas Flöck,
Herr Ernst Knopp,
Herr Tim Josef Michels,

Stv. Ratsfraktion WGS
Frau Anna-Maria Plato,

Stv. Ratsfraktion CDU
Frau Martina von Berg,

Ratsfraktion FDP
Herr Markus Schreyer,

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dorothea Meinold,
Herr Patrick Zwiernik,

Schriftführer/in
Herr Christian Fischer,

Stv. Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dominik Schmidt,

Nicht anwesend sind:

Ratsfraktion CDU
Herr Philip Rünz,

Ratsfraktion SPD
Herr Toni Bündgen,
Frau Anke Holl,
Herr Thorsten Schneider,

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Mara Bierbrauer,

Stv. Ratsfraktion AfD
Herr Alexander Lust,

Ratsfraktion AfD
Herr Andreas Fachinger,
Herr Klaus Göbel,

Ratsfraktion FW

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ergänzungen zur Niederschrift betreffend die Sitzung des Fachausschusses für Sicherheit und Ordnung am 28.11.2024 bestehen folgende:

Nicht in der Niederschrift vermerkt, dennoch anwesend war Herr Fabian Geissler (AfD). Zudem wurde der Einwand im Rahmen des TOP 3 – Aktueller Sachstand des Lotsenhauses 2.0 (Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 28.11.2024), dass IHK und HWK ebenfalls um Fachkräfte werben und daher die Negativität nicht ganz klar wäre, zunächst von Frau Meinold (Bündnis 90/Die Grünen) eingebracht und anschließend von der SPD-Fraktion vertieft.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Punkt 1: Sachstand zur Entwicklung eines nationalen Schutzraumkonzeptes zum Antrag der FREIE WÄHLER Fraktion: Sicherheit der Bevölkerung verbessern
Vorlage: UV/0025/2025
- Punkt 2: Kurzer Sachstandsbericht zum Bezug des Lotsenhauses
Vorlage: UV/0041/2025
- Punkt 3: Unterrichtung über die Analyse der Einsatzdaten der Feuerwehr Koblenz aus dem Jahr 2024
Vorlage: UV/0046/2025
- Punkt 4: Antrag der FREIE WÄHLER- Fraktion "Fahrradleichen" in Koblenz
Vorlage: AT/0002/2025
- Punkt 4.1: Stellungnahme zum Antrag der FREIE WÄHLER- Fraktion "Fahrradleichen" in Koblenz
Vorlage: ST/0023/2025
- Punkt 5: Antrag der FREIE WÄHLER- Fraktion: Feuerwehrausbildung
Vorlage: AT/0023/2025
- Punkt 6: Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:	Sachstand zur Entwicklung eines nationalen Schutzraumkonzeptes zum Antrag der FREIE WÄHLER Fraktion: Sicherheit der Bevölkerung verbessern Vorlage: UV/0025/2025
-----------------	---

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Fachausschuss für Sicherheit und Ordnung hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und fasst nochmal mündlich die vorliegende Unterrichtungsvorlage zusammen. Zusätzlich erwähnt sie, dass man aufgrund der weiterentwickelten, modernen Waffentechniken neue Schutzräume schaffen muss. Diese könnten zukünftig zum Beispiel öffentliche, aber auch private Keller oder Tiefgaragen darstellen. Außerdem ergänzt sie, dass Mitglieder der Kommunen zukünftig mit in die Erarbeitung der neuen Schutzkonzepte eingebunden werden.

Herr Maxeiner gibt an, dass man abwarten muss, wie der Bund vorgehen wird, da das Land keine Ermächtigungsgrundlage hat und auch keine Finanzmittel vorhalten kann. Frau Bürgermeisterin Mohrs erklärt, dass die neue Bundesregierung vorsieht, hohe Finanzmittel in den Zivilschutz fließen zu lassen.

Auf die Nachfrage aus der CDU-Fraktion, ob in Zukunft Neubauten eigene Schutzräume vorhalten müssen, erwidert Frau Bürgermeisterin Mohrs, dass es noch keine konkreten Pläne oder Vorgaben gibt. Derzeit ist man damit beschäftigt, einen Arbeitskreis für ein Schutzraumkonzept zu bilden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

Punkt 2: Kurzer Sachstandsbericht zum Bezug des Lotsenhauses
Vorlage: UV/0041/2025

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Fachausschuss für Sicherheit und Ordnung hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Weinowski-Rausch.

Frau Weinowski-Rausch berichtet zum aktuellen Sachstand. Zusätzlich zu der vorliegenden Unterrichtungsvorlage erwähnt sie, dass die Informationsflyer sowie Wegweiser mittlerweile erstellt wurden und bereits im Ordnungsamt aushängen. Der genaue Umzugstermin hängt derzeit noch von der Lieferung der Büromöbel ab. Der Einzug in die neuen Räumlichkeiten ist aber weiterhin für Mitte/Ende Mai vorgesehen. Durch den Umzug in zwei Etappen kann der Geschäftsbetrieb durchgehend, zunächst weiterhin durch ein Notfall-Bearbeitungsteam in der Ludwig-Erhard-Straße, dann durch die bereits umgezogenen Mitarbeitenden an der neuen Anschrift, aufrechterhalten werden.

Die CDU-Fraktion gibt an, dass das geplante Lotsenhaus anfangs Streitgegenständlich war. In diesem Zusammenhang stellt sie sich die Frage, ob es im Nachgang ein Monitoring geben wird, welches die gewünschten Synergieeffekte prüft. Weiterhin fragt sie nach, ob dies nach einem Jahr möglich ist. Frau Bürgermeisterin Mohrs gibt an, dass eine Evaluierung nach 1,5 Jahren, also Ende 2026, stattfinden wird. Sie begründet den Zeitraum damit, dass sich die neue Örtlichkeit zunächst etablieren muss, bevor man verlässliche Werte erheben kann.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

Punkt 3: Unterrichtung über die Analyse der Einsatzdaten der Feuerwehr Koblenz aus dem Jahr 2024 Vorlage: UV/0046/2025
--

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Fachausschuss für Sicherheit und Ordnung hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Maxeiner.

Herr Maxeiner führt nochmal mündlich zur vorliegenden Unterrichtungsvorlage aus. Speziell geht er dabei auf das zeitliche Ausrückverhalten, die Einsatzgrundzeit sowie die Einsatzschwerpunkte ein, welche tabellarisch als Anhang der Vorlage beigefügt sind. Grundsätzlich ist Koblenz im Bundesvergleich gut platziert. Er erwähnt zudem, dass es im Jahr 2024 relativ ruhig zugeht, da es wenige Unwetter gab und zieht abschließend bzgl. des Einsatzjahres 2024 eine positive Bilanz.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion bittet darum, künftig auch in der Tabelle aufzuführen, wie viele Einsätze pro 1.000 Einwohner anfallen. Frau Bürgermeisterin Mohrs gibt an, dass man dieser Bitte nachkommen wird. Sie erwähnt, dass neben der Einwohnerzahl auch die Bebauung eine Rolle für das Einsatzaufkommen spielt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach, ob das Einsatzaufkommen auch durch die örtlichen Gewerbebetriebe beeinflusst wird. Herr Maxeiner gibt an, dass lediglich rund 240 bis 250 Einsätze aufgrund von Brandmeldeanlagen erfolgen. Darüber hinaus ergänzt Frau Bürgermeisterin Mohrs, dass viele dieser Meldungen aus Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen stammen.

Ein Ausschussmitglied der SPD-Fraktion fragt nach, was in der anhängigen Tabelle (Seite 3 der Anlage) unter dem Stadtteil „Koblenz“ zu verstehen ist. Herr Maxeiner erklärt, dass darunter die Einsatzorte fallen, welche nicht konkret zuordenbar sind. Man könnte dies auch mit der Bezeichnung „Sonstiges“ versehen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

**Punkt 4: Antrag der FREIE WÄHLER- Fraktion "Fahrradleichen" in Koblenz
Vorlage: AT/0002/2025**

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Fachausschuss für Sicherheit und Ordnung erklärt den Antrag in Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

Protokoll:

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an die Freie Wähler-Fraktion, welche die Fragen ihres vorliegenden Antrages vorträgt.

Frau Bürgermeisterin Mohrs verweist auf die ausführliche Stellungnahme und erläutert dabei noch einmal kurz und knapp die Vorgehensweise bei der Feststellung von „Fahrradleichen“. Außerdem bittet sie darum, in Zukunft zunächst die Ergebnisse eines Anliegens im Ausschuss abzuwarten, bevor Pressemeldungen herausgegeben werden.

Ein Ausschussmitglied der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen weist darauf hin, dass die Zahlen unter dem Abschnitt Finanzielle Auswirkungen am Ende der Stellungnahme unterschiedlich dargestellt sind. Die Entsorgungskosten werden für die Jahre 2023 und 2024 zusammen in Höhe von ca. 2.400,00 EUR angegeben, während der Versteigerungserlös in Höhe von ca. 300,00 – 400,00 EUR jährlich beziffert wird. Zur besseren Vergleichbarkeit wird daraufhin gewiesen, dass die Entsorgungskosten demnach jährlich ca. 1.200,00 EUR betragen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

**Punkt 5: Antrag der FREIE WÄHLER- Fraktion: Feuerwehrausbildung
Vorlage: AT/0023/2025**

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
 weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
 einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Fachausschuss für Sicherheit und Ordnung hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Max-einer.

Herr Maxeiner kann mit Bezug auf den Antrag Entwarnung für die Stadt Koblenz geben. Es besteht derzeit kein Rückstau im Bereich der Ausbildung. Nach einer durchgeführten Untersuchung konnte eine deutliche Entspannung bei größeren Verwaltungseinheiten festgestellt werden. In Koblenz bestand allerdings aufgrund der partnerschaftlichen Nähe nie ein Rückstau. Dieses Jahr wurden weniger als 25 Bedarfsmeldungen an die Feuerwehr- und Katastrophenschutzakademie Rheinland-Pfalz weitergegeben.

Frau Bürgermeisterin Mohrs ergänzt, dass sie zuletzt die Bambini-Feuerwehr in Koblenz-Lay besuchte. Sie stellte mit großer Freude fest, dass sich sowohl Mädchen als auch Jungs für die Arbeit der Feuerwehr begeistern. Weiterhin gibt sie an, dass die Stadt Koblenz stetig Fortbildungen anbietet. Die Stadt Koblenz kann insgesamt einen guten Ausbildungsstand bei der Feuerwehr vorweisen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

Punkt 6: Verschiedenes
--

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion.

Dieses gibt an, Fragen bezüglich der zunehmenden Vermüllung der Stadt Koblenz eingereicht zu haben. Er fragt nach, was man tun kann, um die stetige Vermüllung abzustellen. Er nennt Beispiele der Städte Mainz und Offenbach, wie diese gegen die Vermüllung vorgehen. Des Weiteren führt er aus, dass die Stadt Mainz eine Allgemeinverfügung erlassen hat und die Bußgelder dort höher sind als in Koblenz. Er fragt nach, ob die Stadt Koblenz sich ein Beispiel an der Arbeit der beiden Kommunen nehmen kann.

Frau Bürgermeisterin Mohrs erwähnt zunächst, dass sie persönlich ganz viel positives Feedback von Besuchern der Stadt Koblenz erhält. Immer wieder würden die Touristen die Sauberkeit, Ordnung und die Grünanlagen loben. Sie bestätigt, dass Kaugummis und Zigarettenstummel ärgerlich sind. Das Problem der Ahndung ist aber, dass man die Personen nicht auf frischer Tat ertappt und somit nur sehr schwierig Bußgelder verhängen kann. Im Jahr 2024 wurden lediglich zehn Anzeigen an das Umweltamt weitergegeben. Frau Bürgermeisterin Mohrs schlägt vor, am sog. „Dreck-weg-Tag“ aber auch darüber hinaus, ein besonderes Augenmerk auf Vermüllung, zum Beispiel durch Kaugummis und Zigarettenstummel, zu legen. Der Außendienst soll dahingehend nochmal sensibilisiert werden, bei Feststellungen entsprechende Anzeigen zu fertigen und diese an das Umweltamt weiterzugeben. Die Zahlen werden anschließend im nächsten Fachausschuss vorgestellt. Herr Schmitt gibt an, den Auftrag an den kommunalen Vollzugsdienst weiterzugeben.

Die CDU-Fraktion wünscht sich darüber hinaus, dass mehr Aufklärung betrieben wird. Außerdem sollen mehr Kontrollen durch den Außendienst stattfinden. Ein Ausschussmitglied der WGS-Fraktion schildert, dass die Fraktion schon selbstständig im Stadtgebiet unterwegs war, um Zigarettenstummel einzusammeln und zu entsorgen. Zudem fragt die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen unabhängig davon nach, ob auch Bußgelder für fehlplatzierte Hundehaufen verhängt werden. Frau Mohrs bejaht dies und verweist auf das zuständige Umweltamt.

Ein Ausschussmitglied der Fraktion Die Linke-Partei fragt nach, warum in letzter Zeit vermehrt Polizeikontrollen bzw. Streifen durch Ordnungsamt und Polizei stattfinden. Er interessiert sich für die Hintergründe.

Frau Bürgermeisterin Mohrs gibt an, dass aufgrund einer möglichen Beeinträchtigung des subjektiven Sicherheitsgefühls bei der Bürgerschaft die Präsenz der Einsatzkräfte erhöht wurde. Dies konnte aus dem Bürgerpanel entnommen werden, woraufhin die Verwaltung nun nachsteuert. Im Rahmen der personellen Möglichkeiten gibt es also vermehrt gemeinsame Kontrollen mit der Polizei.

Hinsichtlich Karneval 2025 zieht Frau Bürgermeisterin Mohrs ein positives Fazit. Der Veranstalter hat zusammen mit den beteiligten Sicherheitsbehörden aufgrund der allgemein angespannten Sicherheitslage in Deutschland und den Drohungen ein Sicherheitskonzept entwickelt, welches auch ein besonderes Augenmerk auf den Zufahrtsschutz legt. Insgesamt waren neben dem kommunalen Vollzugsdienst und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung rund 200 Polizeikräfte im Einsatz, darunter auch Spezialeinheiten für große Veranstaltungen.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion spricht allen Einsatzkräften ein großes Lob aus und bittet darum, den Dank weiterzugeben. Die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und der AKK (Arbeitsgemeinschaft Koblenzer Karneval) würde hervorragend laufen.

Frau Bürgermeisterin Mohrs ergänzt außerdem, dass durch die Arbeit von vier Reinigungskolonnen die Straßen und Plätze innerhalb kürzester Zeit wieder sauber waren.

Die WGS-Fraktion fragt nach, ob die Kommune in die Gesetzgebung des Landes eingreifen kann. Sie schildert die Problematik der steigenden Anzahl an Wohnmobilen. In der Stadt gibt es allerdings kaum Stellplätze dafür, wodurch die meisten Wohnmobile in den Stadtteilen abgestellt werden. Herr Schmitt erklärt, dass Personen, welche Eigentum besitzen, grundsätzlich Stellplätze nachweisen müssen. Wenn Fahrzeuge unberechtigt abgestellt werden, wird dies auch entsprechend geahndet. Die WGS-Fraktion wünscht sich jedoch eine Änderung der Gesetzgebung, weshalb Frau Bürgermeisterin Mohrs darum bittet das Anliegen an das Baudezernat weiterzugeben.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs die Sitzung um 16:40 Uhr.



Ulrike Mohrs
Bürgermeisterin



Christian Fischer
Protokoll